

Sitzungsvorlage

Nr. 0223/2018

Bericht über den Stand der Finanzwirtschaft der Stadt Bruchsal zum 30.06.2018

Beratungsfolge	Datum	Status	Beratungszweck
Gemeinderat	24.07.2018	öffentlich	Information

Anlagen:

Beschlussantrag

Der Gemeinderat nimmt den Halbjahresbericht zum Haushaltsvollzug 2018 zur Kenntnis.

I. Sachverhalt und Begründung

Der Haushaltsplan 2018 wurde vom Gemeinderat am 19. Dezember 2017 beschlossen. Die Aufstellung des Haushaltsplans erfolgte auf der Basis der Bedarfsmeldungen der Fachämter und der Orientierungsdaten des Finanzministeriums Baden-Württemberg.

Zusätzlich zu den im Haushalt 2018 veranschlagten Mittelanmeldungen wurden aus dem Haushalt 2017 Ermächtigungen i.H.v. 12,9 Mio. Euro übertragen. Hiervon entfallen auf den Finanzhaushalt rd. 10,5 Mio. Euro. In 2017 wurden erstmals Ermächtigungen für zweckgebundene investive Einzahlungen i.H.v. 1,1 Mio. Euro übertragen.

Insgesamt bewegt sich der Ergebnishaushalt zur Jahresmitte im Rahmen der verabschiedeten Planung.

Ergebnishaushalt:

Die erwarteten Veränderungen auf der Ertragsseite stellen sich wie folgt dar:

Sachverhalt	Plan	Veränderung	Hochrechnung
Gewerbesteuer	38.500.000 €	3.500.000 €	42.000.000 €
Anteil an der Einkommenssteuer	25.387.000 €	200.000 €	25.587.000 €
Bußgelder	850.000 €	200.000 €	1.050.000 €
Baugebühren	750.000 €	-300.000 €	450.000 €
Gebühren aus der Anschlussunterbringung	840.000 €	-200.000 €	640.000 €
Veränderung ordentliche Erträge	124.798.950 €	3.400.000 €	128.198.950 €

Es werden in Summe Mehrerträge von 3,4 Mio. Euro erwartet.

Auf der Aufwandsseite werden folgende Veränderungen prognostiziert:

Sachverhalt	Plan	Veränderung	Hochrechnung
FAG-Umlage	14.679.000 €	-200.000 €	14.479.000 €
Personalkosten	29.545.270 €	-1.000.000 €	28.545.270 €
Gewerbesteuerumlage	7.128.000 €	700.000 €	7.828.000 €
FAG-Rückstellungen (nicht zahlungswirksam)	0 €	2.700.000 €	2.700.000 €
Anschlussunterbringung (196/2018)	951.850 €	400.000 €	1.351.850 €
Obdachlosenunterbringung (199/2018)	255.320 €	200.000 €	455.320 €
Veränderung ordentliche Aufwendungen <i>(FAG= Kommunalen Finanzausgleich in Baden-Württemberg)</i>	124.026.510 €	2.800.000 €	126.826.510 €

Es werden in Summe 2,8 Mio. Euro Mehraufwendungen erwartet, wovon allerdings lediglich 0,1 Mio. Euro zahlungswirksam werden, da die Rückstellungen kassenmäßig erst im Jahr 2020 zur Auszahlung fällig werden.

Unter Beachtung obenstehender Annahmen verbessert sich das ordentliche Ergebnis von 0,8 Mio. Euro auf einen Jahresüberschuss von 1,4 Mio. Euro.

Finanzhaushalt:

Im Finanzhaushalt verbessert sich der Zahlungsmittelbestand aus laufender Verwaltungstätigkeit (s.o) um rd. 3,3 Mio. Euro auf einen Liquiditätsüberschuss von rd. 8,4 Mio. Euro.

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit verbessern sich in Summe um 0,9 Mio. Euro. Maßgeblich hierfür ist die Rückzahlung eines Darlehens durch die Bruchsaler Wohnungsbau GmbH an die Stadt i.H.v. 2,4 Mio. Euro. Hierfür war in 2018 kein Planansatz vorgesehen, da man bereits mit einer Rückzahlung im Haushaltsjahr 2017 gerechnet hat. Demgegenüber stehen prognostizierte Mindereinzahlungen bei den Grundstücksverkäufen und den Investitionszuwendungen von 1,5 Mio. Euro.

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit werden daher auf 4,7 Mio. Euro geschätzt.

Bei den Auszahlungen aus Investitionstätigkeit wurde der Gemeinderat bereits unterjährig über wesentliche Veränderungen in Kenntnis gesetzt (Vorlage-Nr. 127/2018).

Für den Investitionszuschuss an den Landkreis Karlsruhe im Zuge des Ausbaus der Gutleutstraße werden 315.000 € außerplanmäßig benötigt.

Daneben wird bei den Auszahlungen aus Investitionstätigkeit aufgrund des aktuellen Mittelabflusses von pauschalen Minderauszahlungen i.H.v. 2,0 Mio. Euro ausgegangen. Diese Abweichungen resultieren aus Verzögerungen bei der Realisierung und beim Mittelabfluss bei Baumaßnahmen.

Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit werden daher rd. 14,6 Mio. Euro betragen:

Sachverhalt	Plan	Veränderung	Hochrechnung
Mensa Stirumschule (0022/2018)	280.000 €	180.000 €	460.000 €
Burgschule Obergrombach (0085/2018)	900.000 €	130.000 €	1.030.000 €
Einsparungen/Verschiebungen (0127/2018)	872.000 €	-772.000 €	100.000 €
Investitionszuschuss Gutleutstraße	0 €	315.000 €	315.000 €
pauschale Minderauszahlungen	0 €	-2.000.000 €	-2.000.000 €
Summe Auszahlungen aus Inv.tätigkeit	16.770.950 €	-2.147.000 €	14.623.950 €

Eine Kreditaufnahme wird für 2018 aktuell nicht erwartet. Im Haushaltsplan waren 6,0 Mio. Euro vorgesehen. Darüber hinaus stehen die Kreditermächtigungen aus 2017 i.H.v. 5,0 Mio. Euro noch zur Verfügung.

In Summe wird für den Finanzhaushalt folgendes Ergebnis prognostiziert:

	Plan	Veränderung	Hochrechnung
Zahlungsmittelüberschuss Ergebnisrechnung	5.081.080 €	3.300.000 €	8.381.080 €
Summe Einzahlungen aus Inv.tätigkeit	3.801.800 €	947.680 €	4.749.480 €
Summe Auszahlungen aus Inv.tätigkeit	16.770.950 €	-2.147.000 €	14.623.950 €
Tilgung von Krediten	1.800.000 €	-200.000 €	1.600.000 €
Aufnahme von Krediten	6.000.000 €	-6.000.000 €	0 €
Änderung Finanzierungsmittelbestand	-3.688.070 €	594.680 €	-3.093.390 €

Unter Berücksichtigung der aktuellen Hochrechnung ergibt sich voraussichtlich folgende Liquiditätslage zum Jahresende:

	Hochrechnung
Liquide Mittel zum 01.01.2018	22,0 Mio. EUR
Änderung Finanzierungsmittelbestand	-3,1 Mio. EUR
abzgl. Rückstellungen	-4,8 Mio. EUR
abzgl. voraussichtliche	
Ermächtigungsübertragungen nach 2019	-14,0 Mio. EUR
<u>übertragene Kreditermächtigung aus 2017</u>	<u>5,0 Mio. EUR</u>
voraussichtliche freie liquide Eigenmittel zum Jahresende	5,1 Mio. EUR

Mit den voraussichtlich freien liquiden Mitteln wird die gesetzlich vorgeschriebene Mindestliquidität von ca. 2,1 Mio. Euro erreicht.

II. Nachhaltigkeit und finanzielle Auswirkungen

Insbesondere die positive Entwicklung der Gewerbesteuer deutet darauf hin, dass das Haushaltsjahr 2018 besser abschließen wird als geplant.

Ein weiterer Faktor der Verbesserung ist die Situation am Arbeitsmarkt, dass viele Stellen in der Stadtverwaltung nicht oder nur verspätet besetzt werden können. Dies führt zu reduzierten Personalkosten und dazu, dass geplante und teils notwendige Maßnahmen nicht umgesetzt werden können.